

# Regierungsgerät unter Druck

**Kritik aus dem Grossen Rat: Die Regierung wehre sich zu wenig gegen Osttangenter-Ausbau – und für Lärmschutz**

Worten sollen Taten folgen. Die Regierung habe sich bisher zu zurückhaltend gezeigt. Diese will Vorstösse aus dem Parlament nicht als Vorwurf verstanden wissen.

VON DANIEL BALLMER

Sie führt mitten durchs Stadtgebiet: die Osttangente. Schon heute schränkt sie die Anwohner massiv ein. Führt direkt an Wohnzimmern vorbei, drängt Gärten zurück. Doch: Weil sie an ihre Kapazitätsgrenzen stösst, könnte die Stadtautobahn nochmals um zwei Spuren ausgebaut werden – aus Sicht des Bundes die wirtschaftlichste Variante. Es drohen Gärten zu verschwinden, ganze Wohntüme abgerissen zu werden. Anwohner steigen auf die Barrikaden. «Und nun muss sich auch die Regierung verstärken auf die Hinterbeine stellen», fordert SP-Grossrätin Tanja Soland. «Da darf ruhig noch mehr kommen.»

Auch die Regierung bezeichnet die Osttangente als «grauenhafte Planung der 1960er-Jahre». Und Bau- und Verkehrs-

rektor Hans-Peter Wessels (SP) ist klar, dass mit den bisher diskutierten Plänen des Bundes die Wohnqualität drastisch sinken würde. Er betont denn auch, nur eine unterirdische Lösung akzeptieren zu wollen. Der Bund könne kein Projekt realisieren, dem die Akzeptanz fehlt. «Wessels hat sich mittlerweile zwar klar positioniert», kommentiert SP-Grossrätin Dominique König-Lüdin. «Er hat damit aber bisher nur auf den Druck der IG Osttangente reagiert.»

**ÜBER DIE PARTEIENGRENZEN HINWEG** will nun eine Gruppe Parlamentarier weiterhin Druck auf die Regierung aufbauen. Unter der Federführung der SP haben sie gleich zwei Vorstösse zur Osttangente eingereicht. Darin wird die Regierung einseitig «umgehend aufgefordert» zu prüfen, wie sie sich beim Bund vehement für eine unterirdische Autobahn «als einzige Alternative» einzusetzen gedenkt und gegen einen weiteren Ausbau der Spuren opponiert. Andererseits wird verlangt, dass sich die Regierung endlich entscheidet für durchgehende gesetzlich vor-

geschriebene und längst überfällige Lärmschutzmassnahmen einsetzt.

Die beiden Vorstösse entsprechen in ihrer Stossrichtung der Haltung von Regierungsrat Wessels, versichert Departementssprecher Marc Keller. Sie würden nicht als Misstrauen oder Vorwurf gewertet, sondern vielmehr als Ausdruck ernst zu nehmender Besorgnis im betroffenen Quartier. «Diese Besorgnis teilen wir.» Der Bund stehe erst am Anfang der Plannun- gen. Und es sei klar, dass die Variantenuntersuchung noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird. «Jetzt gilt es, die Interessen des Kantons einzubringen», erklärt Keller.

Doch das reicht der Parlamentariergruppe nicht. Den Worten sollen Taten folgen: Es seien unbedingt so bald wie möglich Verbesserungen der Lebens- und Wohnqualität in den betroffenen Quartieren zu erreichen. Der geplante Ausbau

**«Nur eine unterirdische Lösung ist akzeptabel. Es sollen gar nicht erst verschiedene Varianten geprüft werden.»**

müssen wir den Druck aufrechterhalten. Die IG Osttangente hat Varianten bis hin zur Strassensperrung diskutiert.»

## Tunnel kommt für Bundesamt kaum infrage

«Die Verbreiterung der Osttangente ist nicht die einzige Möglichkeit, den Engpass zu beheben.» Andreas Rüegger vom Bundesamt für Strassen (ASTra) hatte sich erst kürzlich in der «Sonntag bz» gegen die Annahme gewehrt, dass der Spurausbau bereits beschlossene Sache sei. Man befände sich noch im Grundlagenstudium und prüfe auch andere Varianten wie die Eintunneltung oder eine komplett neue

Linienführung auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis. «Die Methodik, mit der das ASTra dies berechnet, führt zwingend zur Verbreiterungs-Variante, da Faktoren wie Lärmbelastung oder Umweltschäden ignoriert werden», heisst es dagegen von der IG Osttangente. Es zählten nur die Baukosten und die verhinderten Staustunden. Und Rüegger gibt zu: «Die Tunnel-Variante wäre exorbitant teuer und eine

komplette Überdeckung für uns undenkbar.» Der Bund komme zudem in Sachen Lärmschutz nur für die Mindeststandards auf. «Will Basel-Stadt mehr, muss es sich entsprechend beteiligen», sagt Rüegger. Dabei verstehe er durchaus, dass sich die Anwohner wehren. Allerdings müsse man immer zwischen öffentlichem und privatem, zwischen lokalem und nationalem Interesse abwägen. (BZ)

**BIS ZUM BAUSTART** aber werden so oder so Jahre vergehen. Jahre, in denen die Anwohner unter enormen Lärm- und Luftbelastungen zu leiden hätten. Daher sei nun als erster Schritt endlich der längst überfällige Lärmschutz umzusetzen. Die Bevölkerung sei nicht mehr gewillt, sich von Bund und Kanton weiter auf unbestimmte Zeit vertrösten zu lassen. «Die Basler Regierung hat sich hier bisher zu wenig stark eingesetzt», kritisiert Grossrätin König. Geradezu inakzeptabel aber sei, dass die Lärmsanierung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden soll, weil sie der Bund gleichzeitig mit dem Ausbauprojekt vornehmen will. König: «Weil das aber noch Jahre dauert, lohnt sich der Lärmschutz, selbst wenn die Osttangente doch unter den Boden verlegt wird.»